



Antrag

Fraktionen CDU und SPD

Waldschutz befördern – Pflanzenschutz weiterhin ermöglichen

Der Landtag möge beschließen:

Das zunehmende Auftreten von Kalamitäten darf nicht den Bestand unserer Waldflächen gefährden. Vor dem Hintergrund des Klimawandels nehmen nicht nur die Extremwetterereignisse zu, sondern auch das Vorkommen bestimmter Schädlinge im Wald, das den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln notwendig macht.

Der Landtag bittet daher die Landesregierung,

1. über das Vorkommen, das Gefährdungspotential und die Schwerpunkte der Kalamitäten im Wald der vergangenen Jahre sowie die bisherigen und geplanten Initiativen zu berichten;
2. die privaten Waldbesitzer bei ihren Bemühungen der präventiven Vorsorge sowie der Schadensminderung zu unterstützen, wobei die FFH-Vorschriften zu beachten sind;
3. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,
 - a) dass die Verfahren zur Zulassung von Pflanzenschutzmitteln auf Effizienz, Dauer und Wirksamkeit überprüft werden mit dem Ziel, eine Vereinfachung und Beschleunigung der Verfahren zu erreichen,
 - b) dass bei entsprechenden Gefährdungen auch langfristig Ausnahmegenehmigungen erwirkt werden können, die eine zeitnahe, effiziente und umweltschonende Bekämpfung der Schädlinge aus der Luft ermöglichen,
 - c) dass angeregt wird, dass die an der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln beteiligten Bundesbehörden, der für den Waldschutz zuständigen Landesbehörden und die Herstellerfirmen verstärkt zusammen arbeiten.

In den Ausschüssen für Umwelt sowie für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, soll über die Umsetzung berichtet werden.

Begründung

Das Auftreten von Kalamitäten, also große Schädigungen von Waldflächen durch Wetterereignisse oder Schädlinge im Wald, hat in den vergangenen Jahren in Sachsen-Anhalt zugenommen. Durch den zu beobachtenden Klimawandel wird sich diese Waldschutzsituation in Zukunft weiter deutlich verschärfen, zum Schaden für Ökologie und Forstwirtschaft. Daher ist der weitere Einsatz von Pflanzenschutzmitteln im Wald geboten neben den Anpassungen bei der Waldbewirtschaftung. Die Zulassungssituation im Einsatzgebiet Forst von Pflanzenschutzmitteln muss insgesamt als unzureichend gewertet werden. Momentan stehen beispielsweise keine Mittel gegen Afterraupen der Blattwespenarten zur Verfügung, die im Zusammenhang mit dem Diplodia-Triebsterben der Kiefer in unserem Land bereits zu bestandszerstörenden Schäden geführt hat. Auf Bundesebene muss daher sichergestellt werden, dass ein effizienter und gleichzeitig umweltschonender Pflanzenschutz im Wald möglich ist. Entsprechende Verfahren zur Zulassung von Bekämpfungsmitteln im Wald sind daher zu überprüfen. Es muss sichergestellt werden, dass auch in Zukunft geeignete Mittel zur Verfügung stehen.

André Schröder
Fraktionsvorsitzender CDU

Katrin Budde
Fraktionsvorsitzende SPD